

Anfrage
für den
Ausschuss für Soziales und Gesundheit
am 15.03.2016

Katharina Jacobi
Büroleiterin

Fraktionsbüro im Neuen Rathaus
Hiroshimaplatz 1-4
Tel.:+49 (551) 400 2785
Grueneratsfraktion@goettingen.de
www.gruene-goettingen.de/im-stadtrat

Göttingen, 25. Februar 2016

Abschiebungen aus Göttingen

Wir fragen die Verwaltung:

Allgemeine Entwicklung

1. Wie hat sich die Zahl der Abschiebungen durch das Asylpaket 1 verändert?
2. Wie vielen Personen droht auf Grundlage der neuen Gesetzeslage die Abschiebung?
3. Wie viele von ihnen sind Erwachsene, wie viele minderjährig?
4. In welchem zeitlichen Rahmen wird die Verwaltung die betroffenen Personen voraussichtlich zur Abschiebung anmelden?

Sichere Herkunftsstaaten

5. Wie viele Menschen sind insbesondere von den Regelungen zu „sicheren Herkunftsstaaten“ betroffen? (Wir bitten um Aufgliederung nach Herkunftsländern)
6. Wie viele der Betroffenen sind minderjährig? Wie viele wurden in Deutschland geboren?
7. In welchem zeitlichen Rahmen wird die Verwaltung die betroffenen Personen voraussichtlich zur Abschiebung anmelden?

Altfallregelung

8. Wie viele Geflüchtete, die auf Grund der Dauer ihres Aufenthalts in Deutschland unter die „Altfallregelung“ fallen, wurde bislang keine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis ausgestellt?
9. Wie viele Menschen sind davon direkt und indirekt als Familienmitglieder betroffen?
10. Wie viele der Betroffenen sind minderjährig? Wie viele wurden in Deutschland geboren?
11. In welchem zeitlichen Rahmen wird die Verwaltung die betroffenen Personen voraussichtlich zur Abschiebung anmelden?

Asylpaket 2

12. Welche wesentlichen Änderungen ergeben sich mit Blick auf die Beantwortung der Fragen eins bis elf durch die zu erwartenden Gesetzesänderungen?

Auskünfte zum Termin der Abschiebung

Pro Asyl weist darauf hin, dass es der Kommune neuerdings zwar verboten ist, den Termin von Abschiebungen anzukündigen. Es liegt aber in ihrem Ermessen, den Betroffenen oder ihren Anwälten den Termin auf Nachfrage mitzuteilen oder ihnen Akteneinsicht zu gewähren.

13. Warum wurde dieses Ermessen in Göttingen bislang nicht im Sinne der Betroffenen genutzt?

